

Das Gesamtschuldverhältnis

Entstehung – Wirkung – Ausgleich

von

Prof. Dr. Ulrike Schwedhelm

Universität Duisburg-Essen

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3 503 07428 7

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2002
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck: Bitter, Recklinghausen

Vorwort

Regelungen zu Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern finden sich im zweiten Buch des Bürgerlichen Gesetzbuches am Ende des Allgemeinen Teils des Schuldrechts, das der Gesetzgeber im Rahmen der zum 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Schuldrechtsreform grundlegend verändert hat. Dabei sind aber die Regelungen zu Gläubiger- und Schuldnermehrheiten, von geringfügigen redaktionellen Anpassungen abgesehen, unverändert geblieben. Das mag den Rechtswissenschaftler, der um den seit Inkrafttreten des BGB am 1. Januar 1900 in der Rechtslehre teils mehr, teils weniger intensiv ausgetragenen Streit um eine zutreffende und in sich schlüssige dogmatische Erfassung der Gesamtschuld und der sich im Zusammenhang mit ihr stellenden Fragen weiß, vielleicht wundern. Es belegt aber, dass trotz dieser wohl noch immer nicht erledigten Aufgabe Rechtsprechung und Rechtslehre jedenfalls so erfolgreich bei der Beantwortung der Fragen rund um die Gesamtschuld waren, dass praktisch befriedigende Lösungen gefunden werden konnten.

Angesichts dieses Ergebnisses wird mit dem vorliegenden Buch nicht der Anspruch verknüpft, die dogmatische Diskussion um Schuldnermehrheiten erneut anzustoßen und einem Abschluss näher zu bringen. Ziel ist es vielmehr, allen in der Praxis Tätigen die tägliche Arbeit beim Umgang mit Gesamtschuldverhältnissen ein wenig zu erleichtern. Ich habe deshalb versucht, das Gesamtschuldverhältnis systematisch und wissenschaftlich fundiert darzustellen, wobei grundlegende – und deshalb auch vielfach wissenschaftlich streitige – Probleme lediglich referiert werden. Auf eigene Stellungnahmen habe ich weitgehend verzichtet, weil die unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätze nach meiner Einschätzung im Rahmen praktischer Falllösungen kaum weiterhelfen. Die Ausführungen orientieren sich auch deshalb primär an der Rechtsprechung; wo gerichtliche Entscheidungen bisher noch keine Klarheit geschaffen haben oder wo in der rechtswissenschaftlichen Literatur abweichende Auffassungen vertreten werden, wird aber auch die Rechtslehre dargestellt und in den Fußnoten nachgewiesen. Ein besonderes Gewicht habe ich auf die in der Praxis ganz überwiegend auftretenden Probleme im Zusammenhang mit dem Gesamtschuldnerausgleich gelegt, dem ein Großteil der Ausführungen gewidmet ist. Insgesamt hoffe ich, dass der Leser in der Lage ist, schnell zu seinem Problem zu finden und dieses anhand der Ausführungen und der angegebenen Zitate einer fundierten Lösung zuzuführen.

Vorwort

Das Manuskript wurde Anfang 2003 abgeschlossen. Berücksichtigt wurden die gesetzlichen Änderungen bis Ende 2002. Rechtsprechung und Literatur sind ausgewertet und eingearbeitet worden, soweit sie bis Ende 2002 erschienen sind.

Essen, im März 2003

Die Verfasserin

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort.....	5	
Abkürzungsverzeichnis	15	
1. Mehrheit von Schuldnern	19	1
1.1 Allgemeines.....	19	1
1.2 Übersicht über die einzelnen Schuldnermehrheiten.....	20	2
1.2.1 Kumulierte Schulden	21	3
1.2.2 Teilschulden	21	4
1.2.3 Gesamtschulden	21	5
1.2.4 Schuldnermehrheiten mit abgestufter Leistungspflicht.....	22	6
1.2.5 Gemeinschaftliche Schuld	22	7
1.2.6 Gesamthandschuld	23	8
1.2.7 Andere Formen.....	24	9
2. Gesetzliche Regelung des § 421 BGB	25	10
2.1 Regelungsinhalt der Norm.....	25	10
2.2 Tatbestand der Gesamtschuld.....	26	11
2.2.1 Schuldnermehrheit	26	12
2.2.2 Leistungsidentität	27	13
2.2.3 Keine Teilleistung.....	29	14
2.2.4 Einmalige Leistungserbringung.....	29	15
2.2.5 Weitere Voraussetzungen	30	16
2.2.5.1 Typen- und Fallgruppenbildung	31	17
2.2.5.2 Teleologische Reduktion des Tatbestandes des § 421 BGB.....	32	18
2.2.5.2.1 Einheitlicher Schuldgrund	32	19
2.2.5.2.2 Zweckgemeinschaft	32	20
2.2.5.2.3 Erfüllungsgemeinschaft	33	21
2.2.5.2.4 Gleichstufigkeit	34	22
3. Entstehung der Gesamtschuld	37	23
3.1 Überblick.....	37	23
3.2 Vertragliche Entstehung	37	24
3.2.1 Auslegung	38	25

Inhaltsverzeichnis

3.2.1.1	Teilbarkeit der Leistung nach § 420 BGB . .	39	26
3.2.1.2	Auslegung nach § 427 BGB	40	27
3.2.1.3	Gesamtschuld bei unteilbarer Leistung gem. § 431 BGB	42	28
3.2.2	Einzelfälle	42	29
3.2.2.1	Arbeitsverhältnisse	42	30–33
3.2.2.2	Arzt- und Krankenhausverträge	44	34–37
3.2.2.3	Bauverträge und ähnliches	47	38
3.2.2.4	Darlehen	48	39
3.2.2.5	Ehegatten	48	40
3.2.2.6	Gesellschaftsrecht	49	41
3.2.2.7	Grundstückserwerb	50	42
3.2.2.8	Gruppenreisen	50	43
3.2.2.9	Kreditsicherung	50	44–47
3.2.2.10	Rechtsanwälte und Steuerberater	53	48–55
3.2.2.11	Sammelbestellungen	57	56
3.2.2.12	Schiedsrichter	58	57
3.3	Entstehung kraft gesetzlicher Anordnung . .	58	58
3.3.1	Allgemeines	58	58
3.3.2	Einzelfälle	60	59
3.3.2.1	Arbeitsrecht	60	60
3.3.2.2	Bürgschaft	61	61
3.3.2.3	Bereicherungsrecht	62	62
3.3.2.4	Familienrecht	63	63
3.3.2.5	Erbrecht	64	64
3.3.2.6	Gebrauchsüberlassung	65	65
3.3.2.7	Gesellschaftsrecht	67	66–69
3.3.2.8	Kostenrecht	71	70
3.3.2.9	Nießbrauch und Reallast	71	71
3.3.2.10	Notarrecht	72	72
3.3.2.11	Schadensersatzrecht	72	73
3.3.2.12	Schenkung	75	74
3.3.2.13	Steuerrecht	76	75
3.3.2.14	Transportrecht	76	76
3.3.2.15	Umwandlungsrecht	76	77
3.3.2.16	Versicherungsrecht	76	78
3.3.2.17	Wechsel- und Scheckrecht	77	79
4.	Wirkungen der Gesamtschuld	79	80
4.1	Wahlrecht des Gläubigers	79	80
4.1.1	Wahlrecht in der Insolvenz	80	81

Inhaltsverzeichnis

4.1.2	Einschränkungen des Wahlrechts	80	82
4.1.3	Abtretung und Pfändung	81	83
4.2	Gesamtwirkung der Erfüllung	81	84
4.2.1	Allgemeines	82	85
4.2.2	Erfüllung	84	86
4.2.2.1	Leistung unter Vorbehalt.	85	87
4.2.2.2	Leistung an Scheingläubiger	85	88
4.2.3	Leistung an Erfüllung statt und Leistung erfüllungshalber	86	89
4.2.4	Hinterlegung	87	90
4.2.5	Aufrechnung	88	91
4.2.5.1	Gegenseitigkeit	88	92
4.2.5.2	Einrede der Aufrechenbarkeit	89	93
4.2.6	Leistung durch Dritte	89	94
4.2.6.1	Leistung durch einen ablösungsberechtigten Dritten	90	95
4.2.6.2	Sicherungsgeber	91	96
4.3	Wirkung des Erlasses	92	97
4.3.1	Forderungsverzicht	93	98
4.3.1.1	Erlass	93	99
4.3.1.2	Sonstige Formen des Forderungsverzichts.	94	100
4.3.2	Rechtsfolgen	94	101
4.3.2.1	Wirkungen des Erlasses	95	102
4.3.2.2	Ermittlung des Umfangs der Verzichtswirkung	95	103
4.3.2.2.1	Auslegungsgrundsätze	96	104
4.3.2.2.2	Fallgruppen	96	105
4.3.2.2.2.1	Vergleiche	97	106
4.3.2.2.2.2	Teilungsabkommen	97	107
4.3.2.2.2.3	Fehlende Kenntnis vom Gesamt- schuldverhältnis.	98	108
4.3.2.2.2.4	Sonstige Fälle	98	109
4.3.2.3	Auswirkungen auf Bürgschaften	99	110
4.3.2.4	Auswirkungen im Gesellschaftsrecht	100	111
4.4	Gesamtwirkung des Annahmeverzuges	101	112
4.4.1	Voraussetzungen.	101	113
4.4.2	Rechtsfolgen	102	114
4.4.3	Beendigung des Gläubigerverzuges	103	115
4.5	Wirkung sonstiger Tatsachen	104	116
4.5.1	Kündigung	105	117
4.5.1.1	Mietverhältnisse	106	118

Inhaltsverzeichnis

4.5.1.2	Arbeitsverhältnisse	107	119
4.5.1.3	Darlehen und Schuldsicherung	107	120
4.5.2	Verzug	108	121
4.5.3	Verschulden	109	122
4.5.4	Unmöglichkeit	111	123
4.5.5	Verjährung	112	124
4.5.6	Konfusion	113	125
4.5.7	Rechtskraft eines Urteils	114	126
4.5.8	Sonstige Umstände	115	127
5.	Gesamtschuldnerausgleich	119	128
5.1	Allgemeines	119	128
5.2	Anwendungsbereich	119	129
5.2.1	Anwendung auf Gesamtschuldverhältnisse .	120	130
5.2.2	Anwendung auf Sicherungsmehrheiten	120	131
5.2.3	Verhältnis zu anderen Ausgleichs- ansprüchen	121	132
5.3	Ausgleichsanspruch gem. § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	122	133
5.3.1	Allgemeines	122	133
5.3.2	Bedeutung der Norm	122	134
5.3.3	Bedeutung von Wirkungen im Außen- verhältnis auf das Innenverhältnis	123	135
5.3.3.1	Verjährung und Ausschlussfristen	123	135
5.3.3.2	(rechtskräftiges) Urteil gegen den Gesamt- schuldner	124	136
5.3.3.3	Ausschluss der §§ 421 ff. BGB	124	137
5.3.3.4	Abtretung Gläubiger an Gesamtschuldner .	124	138
5.3.4	Bedeutung von Wirkungen im Innen- verhältnis auf das Innenverhältnis	125	139
5.3.5	Voraussetzungen	126	140
5.3.5.1	Bestehen der Gesamtschuld	126	140
5.3.5.2	Leistung des Gesamtschuldners	127	141
5.3.5.3	Fälligkeit der Gläubigerforderung	128	142
5.3.6	Inhalt des Ausgleichsanspruchs	128	143
5.3.6.1	Teilschuldner	129	144
5.3.6.2	Geldersatz oder Wertausgleich	129	145
5.3.6.3	Andere Ausgleiche	130	146
5.3.6.3.1	Leistung an Erfüllung statt	130	146
5.3.6.3.2	Vergleich mit Gesamtwirkung	130	147
5.3.6.3.3	Insolvenz	130	148

Inhaltsverzeichnis

5.3.6.4	Nicht ausgleichsfähige Leistungen	130	149
5.3.7	Ausgleich nach Kopfteilen	132	150
5.3.8	Ausgleich „soweit etwas anderes bestimmt ist“	132	151
5.3.8.1	Gesetzliche Ausgleichsanordnungen	132	152
5.3.8.1.1	Deliktsrecht	133	153
5.3.8.1.2	Familien- und Erbrecht	134	154
5.3.8.1.3	Scheck- und Wechselrecht	136	155
5.3.8.1.4	Straßenverkehrsrecht	136	156
5.3.8.1.5	Notarhaftungsrecht	137	157
5.3.8.1.6	Versicherungsrecht	137	158
5.3.8.1.7	Bruchteilsgemeinschaft	138	159
5.3.8.1.8	Mitbürgen	138	160
5.3.8.2	Rechtsgeschäftliche Ausgleichs- anordnungen	138	161
5.3.8.3	Nach Inhalt und Zweck des Rechts- verhältnisses, der Natur der Sache und Umstände des Falles	140	162
5.3.8.4	Einzelfälle des Ausgleichs	141	163
5.3.8.4.1	Abschleppunternehmer	142	164
5.3.8.4.2	Arbeitsrecht	142	165
5.3.8.4.3	Auftragsverhältnis und GoA	143	166
5.3.8.4.4	Baumängel	143	167
5.3.8.4.5	Beamtenrecht	144	168
5.3.8.4.6	Bruchteilsgemeinschaft	144	169
5.3.8.4.7	Darlehen	145	170
5.3.8.4.8	Miterben	145	171
5.3.8.4.9	Immobiliarsachenrecht	145	172
5.3.8.4.10	Handelskauf	146	173
5.3.8.4.11	Mietrecht	147	174
5.3.8.4.12	Pflichtversicherungsrecht	147	175
5.3.8.4.13	Schenkung	148	176
5.3.8.4.14	Schuldbeitritt	148	177
5.3.8.4.15	Streitgenossen	149	178
5.3.8.4.16	Vermögensübernahme	149	179
5.3.8.4.17	Wohnungseigentum	150	180
5.3.9	Mitwirkungsanspruch	150	181
5.3.9.1	Inhalt des Anspruchs	150	182
5.3.9.2	Durchsetzung des Anspruchs	151	183
5.3.9.3	Folgen der Verletzung der Mitwirkungspflicht	152	184

Inhaltsverzeichnis

5.3.9.4	Interessenwahrungspflicht	153	185
5.3.10	Haftungseinheit	153	186–191
5.3.11	Anwendung des § 254 BGB auf den Ausgleich	157	192
5.3.12	Haftung von Gesamtschuldern bei Mitverschulden des Gläubigers	161	193
5.3.12.1	Nebentäter	162	194
5.3.12.2	Mittäterschaft der Schädiger i.S.d. § 830 BGB und Mitverschulden des Geschädigten	165	195
5.4	Ausgleich bei Ausfall eines Gesamt- schuldners gem. § 426 Abs. 1 S. 2 BGB	166	196–197
5.5	Gesetzlicher Forderungsübergang gem. § 426 Abs. 2 S. 1 BGB	168	198
5.5.1	Überblick	168	198
5.5.2	Umfang der cessio legis	169	199–201
5.5.3	Verhältnis von Ausgleichsanspruch zu Forderungsübergang	172	202
5.5.4	Folgen der Legalzession	174	203
5.5.5	§ 426 Abs. 2 S. 1 BGB und andere Regressnormen	175	204
5.6	§ 426 Abs. 2 S. 2 BGB – Gläubigerprivileg .	177	205
5.7	Gestörter Gesamtschuldnerausgleich	178	206
5.7.1	Gesetzliche Haftungsfreistellungen	181	207
5.7.1.1	Arbeitsunfälle	182	208
5.7.1.2	Schulunfälle	183	209
5.7.1.3	Dienstunfall	183	210
5.7.1.4	Fazit zu den sozialversicherungsrechtlichen Haftungsfreistellungen	184	211
5.7.1.5	Angehörigenprivileg	184	212
5.7.2	Gesetzliche Haftungsbeschränkungen	185	213
5.7.3	Vertragliche Haftungsfreistellungen	186	214
5.7.4	Vertragliche Haftungsbeschränkungen	188	215
5.8	Besondere Ausgleichsverhältnisse	188	216
5.8.1	Ehegatten	188	216
5.8.1.1	Allgemeine Ehwirkungen und Güterstände	189	217–220
5.8.1.2	Grundsätze des Ausgleichs unter Berücksichtigung der Phasen der Ehe	191	221
5.8.1.2.1	Ausgleich bei intakter Ehe	191	222–225
5.8.1.2.2	Ausgleich nach Trennung	193	226

Inhaltsverzeichnis

5.8.1.2.3	Einzelfälle aus der Rechtsprechung	195	227–232
5.8.1.2.4	Gesamtschuldnerausgleich im Prozess	198	233
5.8.2	Eingetragene Lebenspartnerschaften	199	234
5.8.3	Nichteheliche Lebensgemeinschaften	200	235
5.8.4	Ausgleich bei Insolvenz	201	236
5.8.5	Ausgleich bei öffentlich-rechtlichen Beziehungen	202	237
5.8.6	Ausgleich bei Bürgschaft	203	238–244
5.8.7	Ausgleich bei mehreren Sicherungsgebern	207	245
Literaturverzeichnis		211	
Stichwortverzeichnis		223	

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort	5	
Abkürzungsverzeichnis	15	
1 Einführung	19	1–8
2 Geltungsbereich des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes	23	9–200
2.1 Definition der Arbeitnehmerüberlassung	23	9–20
2.2 Räumlicher Geltungsbereich des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes	25	21–24
2.3 Persönlicher Geltungsbereich des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes	26	25–36
2.3.1 Leiharbeiter	26	26–32
2.3.2 Verleiher	28	33–34
2.3.3 Entleiher	28	35–36
2.4 Sachlicher Geltungsbereich des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes	29	37–200
2.4.1 Abgrenzung der Arbeitnehmerüberlassung von anderen Formen des drittbezogenen Personaleinsatzes	30	40–95
2.4.1.1 Abgrenzung zum Werkvertrag	31	46–75
2.4.1.1.1 Inhalt des Werkvertrages im Unterschied zum Arbeitnehmerüberlassungsvertrag	32	48–50
2.4.1.1.2 Einzelne Abgrenzungskriterien	32	51–75
2.4.1.2 Abgrenzung zur Überlassung von Maschinen mit Bedienungspersonal	39	76–83
2.4.1.3 Abgrenzung zum selbständigen Dienstvertrag .	42	84–87
2.4.1.4 Abgrenzung zum Geschäftsbesorgungsvertrag .	44	88–89
2.4.1.5 Abgrenzung zum Dienstverschaffungsvertrag .	44	90–91
2.4.1.6 Abgrenzung zum mittelbaren Arbeitsverhältnis	45	92–93
2.4.1.7 Abgrenzung zur zentralen Personalführungsgesellschaft	45	94–95

	Seite	<i>Randnummer</i>
2.4.2 Gewerbsmäßigkeit der Arbeitnehmerüberlassung	46	96–114
2.4.2.1 Definition der Gewerbsmäßigkeit	46	97–112
2.4.2.1.1 Gewinnerzielungsabsicht	47	100–105
2.4.2.1.2 Selbständigkeit	48	106–108
2.4.2.1.3 Gewisse Dauer	49	109–112
2.4.2.2 Echte Leiharbeit	50	113–114
2.4.3 Keine erlaubnispflichtige Arbeitsvermittlung i. S. v. §§ 35 Abs. 1 Satz 2, 291 SGB III	50	115–170
2.4.3.1 Tätigkeit der Arbeitsvermittlung	51	118–125
2.4.3.2 Abgrenzung zu Arbeitnehmerüberlassung	53	126–133
2.4.3.3 „Vermittlungsmonopol“ der Bundesanstalt für Arbeit und private Vermittlung	55	134–170
2.4.3.3.1 Voraussetzungen für das Eingreifen der Vermutung	58	149–158
2.4.3.3.2 Widerlegbarkeit der gesetzlichen Vermutungen	60	159–164
2.4.3.3.3 Rechtsfolgen	62	165–170
2.4.4 Abordnung zu einer Arbeitsgemeinschaft	63	171–177
2.4.5 Kein Ausschlussstatbestand	64	178–179
2.4.5.1 Arbeitnehmerüberlassung zwischen Arbeit- gebern desselben Wirtschaftszweiges	65	180–188
2.4.5.2 Konzerninterne Arbeitnehmerüberlassung	67	189–195
2.4.5.3 Arbeitnehmerüberlassung in das Ausland	69	196–200
3 Das Erlaubnisverfahren	71	201–382
3.1 Erlaubnispflicht	71	201–226
3.1.1 Verbot der Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe	72	208–217
3.1.2 Arbeitnehmerüberlassung in Form der Kollegenhilfe	74	218–226
3.2 Voraussetzungen der Erlaubniserteilung	76	227–298
3.2.1 Formelle Voraussetzungen	76	227–234
3.2.2 Materielle Voraussetzungen	77	235–298
3.2.2.1 Versagungsgründe des § 3 Abs. 1 AÜG	78	239–279
3.2.2.1.1 Unzuverlässigkeit des Antragsstellers	79	242–252
3.2.2.1.2 Mangelhafte Betriebsorganisation	81	253–255

	Seite	Randnummer
4.2.5.3.2 Kündigung in Kleinbetrieben und während der Probezeit	141	501–502
4.2.5.4 Betriebsverfassungsrechtlicher „Kündigungsschutz“	142	503
4.2.5.5 Besonderer Kündigungsschutz	143	504–508
4.2.5.6 „Besonderer Kündigungsschutz im Leiharbeitsverhältnis“	144	509–517
4.2.5.7 Kündigungsfristen	146	518–523
4.2.6 Unwirksames Leiharbeitsverhältnis	148	524–534
4.2.6.1 Unwirksamkeit nach § 9 Nr. 1 AÜG	148	524–533
4.2.6.2 Sonstige Unwirksamkeitsgründe	150	534
4.3 Rechtliche Beziehung zwischen Entleiher und Leiharbeitnehmer	151	535–566
4.3.1 Erlaubte Arbeitnehmerüberlassung	151	535–548
4.3.1.1 Direktionsrecht des Entleihers	151	537–538
4.3.1.2 Fürsorgepflicht des Entleihers	152	539–542
4.3.1.3 Arbeitnehmererfindungen	153	543–545
4.3.1.4 Haftung des Leiharbeitnehmers	154	546–548
4.3.2 Unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung	155	549–565
4.3.2.1 Beginn des fingierten Arbeitsverhältnisses	155	550–552
4.3.2.2 Dauer des fingierten Arbeitsverhältnisses	155	553–554
4.3.2.3 Inhalt des fingierten Arbeitsverhältnisses	156	555–558
4.3.2.4 Beendigung des fingierten Arbeitsverhältnisses	157	559–562
4.3.2.5 Geltendmachung des fingierten Arbeitsverhältnisses	158	563–565
4.3.3 Unerlaubte Arbeitsvermittlung	158	566
5 Neuerungen durch die „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“	161	567–605
5.1 Reformvorschläge	161	568–588
5.1.1 Schaffung neuer Arbeitsplätze	161	569–575
5.1.1.1 Job-Floater	161	569
5.1.1.2 Personalserviceagenturen	161	570–573
5.1.1.3 Ich-AG	162	574
5.1.1.4 Mini-Jobs	163	575
5.1.2 Schnelle Arbeitsvermittlung	163	576–588

	Seite	<i>Randnummer</i>
5.1.2.1	Job-Center	163 576–577
5.1.2.2	Job Familie	163 578–579
5.1.2.3	Meldepflicht	164 580
5.1.2.4	Neue Zumutbarkeitsregeln	164 581–582
5.1.2.5	Beschäftigungsbilanz	164 583–584
5.1.2.6	Chancen für Jugendliche und ältere Arbeit- nehmer	165 585–586
5.1.3	Abbau von Bürokratie	165 587–588
5.2	Auswirkungen auf das Arbeitnehmerüber- lassungsgesetz	166 589–605
5.2.1	Aufhebung des sog. „Synchronisationsverbots“	166 591–592
5.2.2	Gleichbehandlungsgrundsatz	166 593–599
5.2.3	Aufhebung des Verbots der Leiharbeit im Baugewerbe	168 600–602
5.2.4	Wegfall der Höchstentleihdauer von 24 Monaten	169 603
5.2.5	Verweis auf das Nachweisgesetz	169 604
5.2.6	Inkrafttreten	169 605
6	Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Betriebs- und Personalrats	171 606–644
6.1	Betriebsverfassungsrecht	171 606–642
6.1.1	Betriebsverfassungsrechtliche Zuordnung der Leiharbeitnehmer	171 606–607
6.1.2	Betriebsverfassungsrechtliche Einzelrechte der Leiharbeitnehmer	171 608–619
6.1.3	Beteiligungsrechte des Betriebsrats des Entleiherbetriebs	174 620–639
6.1.3.1	Bei der Übernahme eines Leiharbeitnehmers zur Arbeitsleistung	174 620–635
6.1.3.1.1	Übernahme	175 621
6.1.3.1.2	Unterrichtung des Betriebsrats	175 622–624
6.1.3.1.3	Zustimmung des Betriebsrats	176 625–635
6.1.3.2	Während des Einsatzes eines Leiharbeit- nehmers	178 636–639
6.1.4	Beteiligungsrechte des Betriebsrats des Verleiherbetriebs	180 640–642
6.2	Personalvertretungsrecht	180 643–644

	Seite	<i>Randnummer</i>
7 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	183	<i>645–699</i>
7.1 Straftaten	183	<i>647–676</i>
7.1.1 Illegaler Verleih von nicht deutschen Leiharbeitnehmern ohne Arbeitserlaubnis	183	<i>647–660</i>
7.1.2 Entleih nichtdeutscher Arbeitnehmer ohne Arbeitserlaubnis	186	<i>661–676</i>
7.2 Ordnungswidrigkeiten	188	<i>677–699</i>
7.2.1 Einzelne Ordnungswidrigkeiten Tatbestände . .	190	<i>682–691</i>
7.2.2 Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten	191	<i>692–694</i>
7.2.3 Zusammenarbeit mit anderen Behörden	192	<i>695–699</i>
8 Gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung . .	195	<i>700–707</i>
8.1 Grundidee	195	<i>700–703</i>
8.2 Unterschied zur gewerblichen Arbeitnehmerüberlassung	196	<i>704</i>
8.3 Öffentliche Förderung von Gesellschaften zur Arbeitnehmerüberlassung	196	<i>705–707</i>
8.3.1 Förderung durch den Bund	196	<i>705</i>
8.3.2 Förderung durch die Länder	196	<i>706–707</i>
Anhang 1: Text des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes	199	
Anhang 2: Durchführungsanweisung zur Abgrenzung zwischen Arbeitnehmerüberlassung und Entsendung von Arbeitnehmern	217	
Anhang 3: Bundesanstalt für Arbeit: Informationen zur Arbeitnehmerüberlassung	229	
Anhang 4: Bundesanstalt für Arbeit: Merkblatt für Leiharbeiter	233	
Literaturverzeichnis	239	
Stichwortverzeichnis	241	